

Martina WERNER:

„Fit für die Energiewende“

EU-Parlament und Rat einigen sich auf Strommarkt-Reform

Der europäische Strommarkt soll in Zukunft nachhaltiger, dezentraler und vor allem flexibler werden - das Ergebnis der Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Rat und EU-Kommission hat das Plenum am Dienstag, 26. März 2019, angenommen. „Durch die Energiewende hat sich der Strommarkt in den letzten Jahren rasant weiterentwickelt. Die Reform macht den Strommarkt fit für eine europaweite Energiewende“, betont **Martina WERNER**, energiepolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten, die beide Dossiers im Namen der sozialdemokratischen Fraktion mitverhandelt hat.

Die neuen Regeln sehen ein Ende der Subventionen für die Kohleförderung ab 1. Juli 2025 vor. „Wenn wir es ernst meinen mit der Energiewende, dürfen wir heute nur noch in die Energieträger der Zukunft investieren. Es sendet das falsche Signal, wenn Mitgliedstaaten ineffiziente und emissionsintensive Kohlekraftwerke durch staatliche Subventionen künstlich am Leben halten. Stattdessen müssen wir stärker in erneuerbare Energien, in den Netzausbau und in die Digitalisierung investieren“, sagt **Martina WERNER**.

Bei den Verhandlungen hat das EU-Parlament einen Einspeisevorrang für erneuerbare Energien aus Kleinanlagen mit einer installierten Kapazität von 400 Kilowatt beziehungsweise 250 Kilowatt ab 2026 durchgesetzt. „Erneuerbare Energien sind der Motor der Energiewende, daher müssen sie Vorfahrt haben in den Netzen. Der Einspeisevorrang stellt sicher, dass die erneuerbaren Energien im Falle von Netzengpässen als letztes abgeriegelt werden - nach konventioneller Energie aus Gas oder Kohle“, erklärt **Martina WERNER**.

Außerdem steigern die neuen Regeln den Druck für ein schnelleres Tempo beim Netzausbau. Damit der Stromhandel aufgrund fehlender Netzinfrastruktur nicht mehr eingeschränkt wird, muss jeder Mitgliedstaat bis 2025 sicherstellen, dass ihre Stromleitungen zu benachbarten Mitgliedstaaten mindestens zu 70 Prozent geöffnet sind. Sollte dieser Wert nicht erreicht werden, kann die EU-Kommission unterschiedliche Strompreise innerhalb eines Mitgliedstaates einzuführen.

Enttäuscht zeigt sich die SPD-Politikerin **Martina WERNER** über die neuen Regeln für Verteilnetzbetreiber, die es in Zukunft schwieriger haben werden, neue Geschäftsfelder zu schließen. „Die Energiewende findet im Verteilnetz statt. Verteilnetzbetreiber, insbesondere Stadtwerke, leisten einen enormen Beitrag für die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten. Gerade bei der Elektromobilität können Stadtwerke den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur vorantreiben.“

Weitere Informationen: Büro Werner [+33 388 1 77782](tel:+33388177782) und Jan Rößmann [+32 473 864 513](tel:+32473864513) (Pressesprecher)